

Kritische AktionärInnen

DAIMLER

Rechtsanwalt Holger Rothbauer, Tübingen

Daimler AG
Investor Relations
HPC 096 - 0324
70546 Stuttgart

Gegenanträge zur Hauptversammlung 2017

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3:

Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

Begründung:

In den vergangenen Hauptversammlungen seit dem Jahr 1988 der damaligen Daimler-Benz AG, dann der DaimlerChrysler AG und nun der Daimler AG konnten die Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD, Arndtstraße 31, 70193 Stuttgart) mit der immer größer gewordenen Unterstützung bis hin zur überwältigenden Mehrheit der anwesenden AktionärInnen erreichen, dass die Daimler AG vom einst größten deutschen Rüstungsunternehmen zu einem wieder weltweit führenden ZIVILEN Mobilitätskonzern konvertiert ist. Nach den Verkäufen der EADS- und Tognum-Anteile sowie weiterer militärischer Unternehmensanteile ist Daimler FAST rüstungsfrei.

Insbesondere im Werk Wörth produziert Daimler nach wie vor unter dem Namen „Military Vehicles“ speziell konstruierte Militärfahrzeuge, Panzertransporter etc., die insbesondere für den Export u.a. in die leider sehr vielen Krisen- und Kriegsgebiete der Welt gedacht sind.

Dieser „tödliche Export“ wird durch aggressives Werbe- und Marketinggebaren wie durch Auftritte auf Rüstungsmessen, wie der IDEX im Februar 2017 in Abu Dhabi unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel befördert. Obgleich der Vorstand im Geschäftsbericht 2016 auf die ethischen Prinzipien des UN Global Compact explizit verweist (siehe S. 208 des Berichtes), fanden auch im Jahr 2016 wieder Rüstungsexporte der Daimler AG in Krisenregionen der Welt statt. Diese Rüstungslieferungen stehen in diametralem Gegensatz zum Geist dieser wichtigen UN-Global Compact Kriterien.

Hinsichtlich der Fakten wird auf den Gegenantrag des Aktionärs Jürgen Grässlin verwiesen.

Kritische AktionärInnen

DAIMLER

Diese nach den eigenen Daimler-Grundsätzen inhumane Geschäftspraxis der Daimler-Rüstungsexporte ist vom Vorstand, nicht nur aus ethischen Kohärenzgründen, sondern auch aus rein ökonomischen Gründen, sofort zu beenden. Große Investoren und Fonds sowie bedeutende internationale Organisationen machen ihre Finanzanlageentscheidungen und Kaufpräferenzen bei zivilen Produkten vornehmlich auch davon abhängig, ob ein Unternehmen wie die Daimler AG zu EINHUNDERT PROZENT rüstungsfrei ist oder nicht.

Nachdem man nun durch den permanenten Druck des KAD in den letzten 30 Jahren den Konzern „goldrichtig“ zu 99% weg von der Rüstung erfolgreich umgestaltet hat, wäre es doch geradezu töricht, den eingeschlagenen Konversionsweg zu 100% ZIVIL nicht wegen einiger Militärtransporter zu Ende zu gehen und sich dieses RIESIGEN Imagegewinns und Finanzoptionen vorsätzlich schädigend zu entziehen. Zumal gerade im Werk Wörth alternative Produktionsmöglichkeiten und Absatzmärkte für die zivilen Produkte vorliegen, so dass kein einziger Arbeitsplatz verloren geht.

Die Aktionärinnen und Aktionäre müssen auf der HV am 29.3.2017 durch die Nichtentlastung des Vorstandes diesen klaren Auftrag des 100%-ZIVILEN Daimlers starken Ausdruck verleihen.

Desweiteren kann der Vorstand nicht entlastet werden, da im Geschäftsbericht die Rückstellungen für Risiken aus Rechtsstreitigkeiten im Rahmen des sog. Diesel- und Abgasskandales der Höhe nach nicht ausreichend bewertet wurden. Ebenso wurden die Risiken für die permanent zu niedrig angegebenen Kraftstoffverbrauchszahlen (sämtlich NICHT unter realen Alltagsbedingungen getestet) nicht realistisch hoch genug beziffert.

Tübingen, März 2017

www.kritischeaktionaere.de

www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/gegenantraege-kritische-aktionaere-hauptversammlung-2017-daimler-123.html